

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Günther Felbinger FW**
vom 02.12.2008

Westumgehung Würzburg – B 26n

Ich frage die Staatsregierung:

Hinsichtlich des Baus bzw der Planung der sogenannten Westumgehung „Würzburg – B 26n“ ist im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung aus CSU/FDP nichts vermerkt, obwohl diese im Bundesverkehrswegeplan in höchster Dringlichkeit verzeichnet ist und die Planungen seitens des Straßenbauamtes Würzburg vorangetrieben werden und sich derzeit in der zweiten Stufe der Umweltverträglichkeitsprüfung befinden.

1. Inwieweit steht die Staatsregierung angesichts o.a. Umstandes und der im Jahr 2009 anstehenden Revision des Bundesverkehrswegeplanes überhaupt noch hinter den Planungen?
2. Inwieweit finden die Einwände der Bevölkerung bzw. der Bürgerinitiative „Bürger und Kommunen gegen die Westumgehung“, die vor allem Einwände wegen der geplanten Trassenführung darlegen, Berücksichtigung?
3. Ist angesichts steigender Energiepreise und einem damit zu erwartenden Rückgang des Verkehrsaufkommens eine Überarbeitung der prognostischen Zahlen, die derzeit die Notwendigkeit des in der Bevölkerung umstrittenen Baues rechtfertigen, zu denken und ggf. eine kleinere Dimensionierung (statt autobahnähnlichem Ausbau nur Bundesstraße) mit zu überarbeitender Trassenführung im Landkreis Main-Spessart, die einen Großteil der ehemaligen Altlandkreisstädte (Gemünden, Lohr, Sinngrund) einbezieht, dann zu denken?

Antwort

des **Staatsministeriums des Innern**
vom 30.12.2008

Zu 1.:

Die B 26n ist im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen, dem Fernstraßenbauänderungsgesetz vom 4. Oktober 2004 als Anlage beiliegt, in folgenden Abschnitten und Dringlichkeiten enthalten:

- Karlstadt – AD Werneck (A 7) in der Dringlichkeitseinstufung „Vordringlicher Bedarf“
- Westl. AD Würzburg/West (A 7) – Karlstadt in der Dringlichkeitseinstufung „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“.

Die Staatsregierung steht hinter den Planungen zur B 26n, die entsprechend diesem gesetzlichen Auftrag durchgeführt werden.

Zu 2.:

Die Planungen für die B 26n erfolgen mit großer Sorgfalt. Die bayerische Straßenbauverwaltung ist bestrebt, eine Lösung zu entwickeln, die bestmöglich die verkehrlichen und wirtschaftlichen Aspekte und ganz besonders die Belange der Menschen sowie die der Natur und Landschaft berücksichtigt. Hierzu wurden bzw. werden umfangreiche Voruntersuchungen durchgeführt. In Vorbereitung des Raumordnungsverfahrens wird eine Umweltverträglichkeitsstudie erstellt, deren Ziel es ist, möglichst verträgliche Trassenführungen zu entwickeln. Derzeit gibt es noch keine konkrete Trassenführung.

Zu 3.:

Die großräumige Verkehrsuntersuchung aus dem Jahr 2007 hat die sehr hohe zu erwartende Verkehrsbelastung von abschnittsweise über 40.000 Kfz/24h bestätigt. Nach Aussage der Bundesregierung werden die Bedarfspläne für die Bundesstraßen und die Bundesfernstraßen im Jahr 2009 auf der Basis der aktualisierten Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtung überprüft werden. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden zeigen, ob daraus eine Handlungsnotwendigkeit für die Fortschreibung der Bedarfspläne entsteht.